

Pressemitteilung

Ergebnisse der Allensbach-Studie „Niedersachsen 2024.“: CDU ist stärkste Kraft in Niedersachsen, jeder vierte Niedersachse kann sich vorstellen, AfD zu wählen.

Hannover, am 6. Februar 2024

In aller Kürze:

- **Sonntagsfrage: CDU mit knappem Vorsprung stärkste Kraft in Niedersachsen, die AfD verzeichnet Gewinne, FDP scheitert an Fünf-Prozent-Hürde**
- **Sozialdemokraten in Niedersachsen leiden zunehmend an schlechter Performance auf Bundesebene**
- **Positiver CDU-Trend im Bund erreicht Niedersachsen nicht**
- **Großteil der Niedersachsen hat Zweifel an der demokratischen Ausrichtung der AfD, dennoch kann sich jeder Vierte vorstellen die AfD „bei irgendeiner Wahl“ zu wählen**
- **Niedersachsen sind eher unzufrieden mit Flüchtlingspolitik**
- **Zukunftspessimismus hält an**

Sonntagsfrage: CDU vor SPD, FDP unter fünf Prozent

Die Meinungsforscher des Instituts für Demoskopie Allensbach (IfD) haben im Auftrag der Drei Quellen-Mediengruppe erneut eine repräsentative Auswahl von Niedersächsinen und Niedersachsen zu politischen Themen befragt. Die Befragung fand statt zwischen Mitte Dezember 2023 und Mitte Januar 2024, befragt wurden 1070 volljährige Niedersachsen in Face-to-Face-Interviews. In der Sonntagsfrage, welche die aktuellen Wahlabsichten der Bürger bei der kommenden Landtagswahl abbildet, gibt es einen Wechsel der stärksten Kraft. Wenn am kommenden Sonntag Landtagswahl wäre, würde die CDU mit 30 Prozent der Wählerstimmen vorn liegen, dicht gefolgt von der SPD mit 29 Prozent. Die AfD bleibt unverändert auf dem dritten Rang, kann jedoch starke Zuwächse auf 21 Prozent verzeichnen. Die Grünen kommen aktuell auf elf Prozent der Stimmen, die FDP würde zurzeit mit lediglich vier Prozent erneut den Einzug in den niedersächsischen Landtag knapp verpassen.

Verglichen mit der letzten Allensbach-Umfrage aus dem Juli 2023 kann die CDU einen Prozentpunkt dazugewinnen, die Sozialdemokraten verlieren drei Prozentpunkte. Die AfD kann mit einem Zugewinn von sieben Prozentpunkten ihre Position als drittstärkste Kraft festigen, während die Grünen mit einem Minus von zwei Prozentpunkten unverändert hinter der AfD liegen. Die FDP verliert einen Prozentpunkt in der Wählergunst in Niedersachsen und wäre demnach erneut nicht im Landtag vertreten. Dr. Volker Schmidt, Geschäftsführer der Drei Quellen-Mediengruppe: „16 Monate nach der Landtagswahl haben sich die politischen Kräfteverhältnisse in Niedersachsen massiv verschoben. Die Koalitionsparteien haben zusammen rund acht Prozentpunkte gegenüber dem Landtagswahlergebnis verloren und wären derzeit mit

rund 40 Prozent deutlich von einer Mehrheit entfernt. Verschiebungen dieses Ausmaßes sind ziemlich ungewöhnlich und dürften in erster Linie dem Bundestrend geschuldet sein. Gleichwohl legen die Umfrageergebnisse nahe, dass es den niedersächsischen Sozialdemokraten vergleichsweise besser gelungen ist, sich vom Negativtrend der Grünen abzukoppeln, als im Bund.“

Starke Unterschiede bei den Parteien zwischen Land und Bund, die CDU ist die Partei mit der größten Zukunftskompetenz

Die Forscher vom Bodensee erfragten nicht nur die aktuellen Wahlabsichten, sondern auch allgemeine Wahlpotentiale. Im Sommer 2023 hatte die SPD hier noch mit 35 Prozent das größte Wählerpotential in Niedersachsen, die CDU lag mit etwas Abstand bei 29 Prozent. Derzeit liegen beide großen Parteien mit jeweils 31 Prozent gleichauf. Doch welcher Partei wird die größte Zukunftskompetenz zugeschrieben? Im Sommer lag die SPD noch mit 34 Prozent deutlich vorn, die CDU kam auf 26 Prozent. Zum Jahreswechsel hat sich dieser Trend gedreht: Die CDU verbessert sich auf 28 Prozent, die SPD verliert deutlich und erreicht einen Wert von 27 Prozent.

Gewohnt unterschiedlich fällt das Bild der beiden großen Parteien im Bund-Land-Vergleich aus. Die niedersächsischen Wähler trauen der Bundes-CDU deutlich mehr zu als der Landes-CDU, der Bundes-SPD hingegen deutlich weniger als auf Landesebene. Ganz abkoppeln kann sich die Landes-SPD vom schlechten Trend der SPD auf Bundesebene jedoch nicht. Die kritischen Urteile über die SPD in Niedersachsen überwiegen mittlerweile – der Anteil der Skeptiker stieg von 30 auf 39 Prozent. Diejenigen, die ein positives Bild von der SPD in Niedersachsen haben, sind weniger geworden, der Wert sank von 37 Prozent im vergangenen Sommer auf nunmehr 32 Prozent. Die CDU in Niedersachsen kann von der Diskrepanz ihrer Konkurrenzpartei zwischen Land und Bund kaum profitieren: 44 Prozent der Befragten sind heute unzufrieden mit der Arbeit der Landes-CDU, dieser Wert ist im Vergleich mit der letzten Befragung im Sommer 2023 unverändert geblieben. Einen positiven Eindruck von der Arbeit der Christdemokraten haben aktuell 22 Prozent, vergangenen Sommer waren es 21 Prozent.

Jeder vierte Niedersachse kann sich vorstellen, die AfD zu wählen, aber nur 38 Prozent der AfD-Wähler sind überzeugt von den Positionen der Partei

Genauer untersucht haben die Allensbach-Forscher die Wählerschaft der AfD. Trotz des wachsenden Rückhalts für die AfD hält sie nur eine Minderheit für eine demokratische Partei. Jeder fünfte Niedersachse sieht demnach keinen Unterschied zwischen der AfD und den anderen Parteien. 68 Prozent der Befragten äußern jedoch Zweifel, ob die AfD als demokratische Partei angesehen werden kann. Die Studie zeigt jedoch auch, dass im privaten Rahmen über Sympathien für die AfD gesprochen wird: 60 Prozent geben an, jemanden im eigenen Umfeld zu kennen, der die AfD gut findet, bei 16 Prozent seien es „viele Bekannte“. Jeder vierte Niedersachse kann sich vorstellen „bei irgendeiner Wahl“ die AfD zu wählen. Was aber sind die Gründe dafür? 75 Prozent der potentiellen AfD-Wähler sehen in der Wahlabsicht die Gelegenheit „ein Zeichen zu setzen“ und so der eigenen Unzufriedenheit mit der Politik Ausdruck zu verleihen, drei von fünf potentiellen AfD-Wählern sind unzufrieden mit der aktuellen Zuwanderungspolitik. Etwa jeder Zweite glaubt auch, dass die AfD die Probleme, die zurzeit existieren, eher in den Griff bekommen würde als andere Parteien, 38 Prozent der potentiellen AfD-Wähler geben laut Allensbach an, dass die AfD die einzige Partei sei, bei der sie sich mit ihren Sorgen und Nöten gut aufgehoben fühlten. Erstaunlich ist, dass lediglich 38 Prozent der potentiellen AfD-Wähler angeben, von der AfD und ihren Positionen überzeugt zu sein. Vor allem die Rhetorik der AfD findet großen Zuspruch: 57 Prozent der potentiellen Wähler begründen ihre Sympathien für die AfD unter anderem damit, dass es in der AfD noch Politiker gibt, die wie normale Leute sprechen.

Flüchtlingspolitik der Landesregierung polarisiert die Wähler, Niedersachsen blicken pessimistischer in die Zukunft

28 Prozent der Befragten attestieren der niedersächsischen Landesregierung gute Arbeit in der Flüchtlingspolitik, dem gegenüber stehen 53 Prozent, die die Flüchtlingspolitik eher kritisch beurteilen. 68 Prozent der Befragten haben demnach registriert, dass in ihrer Region Flüchtlinge untergebracht sind, und 32 Prozent meinen, dies könne erhebliche Probleme mit sich bringen. Nur jeder fünfte Befragte sieht noch Möglichkeiten, in seiner eigenen Gemeinde weitere Zuwanderer aufzunehmen. Wie ein roter Faden zieht sich durch die Allensbach-Befragung ein düsterer Trend: Die Mehrheit der Bevölkerung wie auch weite Teile der Wirtschaft vermissen im derzeitigen volatilen Umfeld Planungssicherheit, und dieses Empfinden wird durch den weit verbreiteten Zukunftspessimismus erheblich verstärkt. 58 Prozent der niedersächsischen Bevölkerung haben das Empfinden, dass es immer schwieriger wird, die eigene Zukunft zu planen. Bei denjenigen, die nicht daran glauben, dass Deutschland auf Sicht der nächsten zehn Jahre eine gute Zukunft bevorsteht, ist dieses Gefühl noch weitaus stärker verbreitet: 76 Prozent der Zukunftspessimisten haben das Empfinden, dass sie ihre eigene Zukunft nur schwer planen können. Schmidt: „Aus Planungsunsicherheit erwächst Zukunftspessimismus und vice versa. Deutschland geht in das fünfte Jahr Krise und wird geführt von einer Bundesregierung, deren Vielstimmigkeit und Zerstrittenheit systematisch zur Destabilisierung der Erwartungen in Wirtschaft und Gesellschaft beitragen. Angesichts der multiplen Herausforderungen, denen das Land gegenübersteht, gibt dies den idealen Nährboden für eine Stärkung der politischen Ränder und für wachsende Skepsis gegenüber der Problemlösungsfähigkeit der parlamentarischen Demokratie als Staatsform.“

Weitergehendes Material für Ihre Berichterstattung

Mit dieser Pressemitteilung übermitteln wir Ihnen zusätzlich die Original-Grafiken des Instituts für Demoskopie Allensbach zur freien Verwendung.

Wir bitten um Beachtung des Quellenhinweises: „Institut für Demoskopie Allensbach im Auftrag der Drei Quellen-Mediengruppe“.

Rückfragen richten Sie bitte an:

Tomas Lada
Leiter Medien & Vertrieb
Drei Quellen Mediengruppe

Telefon: +49 511 1322 2955
Mobil: +49 172 515 66 69
Fax: +49 511 6560 6576

lada@drei-quellen-mediengruppe.de